

Stadt schafft Grundlage für wesentliche Arbeit

Biel Die Stadt Biel hat den genossenschaftlichen Gebäudebestand auf städtischen Baurechtsparzellen analysiert – mit dem Ziel, das Verdichtungspotenzial zu ergründen. Jetzt beginnen die Verhandlungen mit den Genossenschaften um konkrete Massnahmen.

Lino Schaeren

Biel hat in den vergangenen Jahren sämtliche genossenschaftlichen Liegenschaften auf städtischen Baurechtsparzellen untersucht. Dies im Zuge des «Modellvorhabens 2014 – 2018», welches die Entwicklungspotenziale der Genossenschaftssiedlungen aufzeigen soll. Gestern hat die Stadt die Ergebnisse präsentiert. Der Schlussbericht zeigt Handlungsansätze für mittel- bis längerfristige Erneuerungen auf. Dies mit dem Hauptziel der inneren Verdichtung auf den Baurechtsgrundstücken der Stadt. Stadtpräsident Erich Fehr (SP) bilanzierte gestern, dass es sich bei den Zahlen um eine «sehr grobe Schätzung» handle.

Der Bund hatte die Bieler Erhebung unterstützt – mit 150 000 Franken steuerte er die Hälfte der Kosten bei. Die Ergebnisse des Modellvorhabens zeigen nun laut Fehr, dass gemeinnütziger Wohnungsbau nicht nur durch Neu-

bauten gefördert werden könne, sondern auch durch innere Verdichtung. Sarah Gäumann, Leiterin Planung und Stadtraum, gab an, dass man bei den genossenschaftlichen Liegenschaften ein Gesamtpotenzial der inneren Verdichtung von 60 000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche habe feststellen können. Das ist mehr als die Bruttogeschossfläche, die dereinst auf dem Gurzelen-Areal realisiert werden soll und etwa die Hälfte der Quadratmeter, die derzeit auf dem Agglo-lac-Perimeter am Nidauer Seeufer vorgesehen sind. Gäumann sagte allerdings, dass es sich bei den Zahlen um eine «sehr grobe Schätzung» handle.

Arbeitsgruppe tritt zusammen

Dies, weil das Modellvorhaben zwar auch konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt hat. So sind Gebäude etwa von «gesamtheitlicher Erhalt» bis zu «Ersatz» oder «Totalsanierung» eingestuft worden. Bevor mögliche Massnahmen aber überhaupt verhan-

delt werden können, muss sich noch die Arbeitsgruppe Gemeinnütziger Wohnbau mit den Ergebnissen des Modellvorhabens auseinandersetzen. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus je vier Mitgliedern der Stadt und der IG Wohnbaugenossenschaften Biel-Seeland zusammen und hat sich anfangs November erstmals getroffen.

Die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe wurde bereits vor anderthalb Jahren im vom Stadtrat verabschiedeten Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus beschlossen. Das Reglement hatte zwei Volksinitiativen erfüllt. Diese hatten zum einen die Hälfte der Bruttogeschossfläche auf der Gurzelen für gemeinnützige Wohnbauträger gefordert, zum anderen auch eine Politik, die es den Genossenschaften würdigen, sowie eine ihrer Lernenden hätten den Bus regelmässig benutzt. Diese müssten nun zu Fuss zur nächsten Haltestelle oder mit dem Velo nach Lyss fahren.

Estermann fragt sich, ob die älteren Gäste, die nicht mehr gut zu Fuss seien, nun den Mehraufwand in Kauf nehmen und auf das Taxi auszuweichen. «Wir haben auch schon Gäste hin- und her chauffiert», sagt sie.

«Hardern nicht abnabeln» Die Situation in Hardern stösst der Fraktion SP/Grüne sauer auf. Am Montagabend reichte sie im Parlament ein Postulat mit dem Titel «Hardern nicht abnabeln» ein. Sie fordern den Gemeinderat auf, «den Ortsteil Hardern nach

Jahren rund 1000 Wohnungen realisieren müssten.

Belohnung und Strafe

Dazu reicht die Überbauung Gurzelen nicht. Fehr sagte denn gestern auch: «Das Ziel wird nur erreicht, wenn auch auf die innere Verdichtung gesetzt wird.» Dies wegen der fehlenden freien Bauparzellen, aber auch wegen den finanziellen Möglichkeiten der Genossenschaften.

In der Arbeitsgruppe sollen nun die Verdichtungsmöglichkeiten ausgelotet werden. Der Standpunkt der Stadt ist allerdings bereits klar: Sie will die Verlängerung von Baurechtsverträgen an Leistungsziele knüpfen. So sieht es der Mustervertrag vor, der vom Bieler Stadtrat vor einem Jahr verabschiedet wurde. Der Mustervertrag hat eine Laufdauer von 30 Jahren, wobei die Genossenschaften mit den festgelegten tiefen Ansätzen während den ersten 15 Vertragsjahren von speziellen, für sie vorteilhaften Konditionen profitieren. Die Genossenschaften sind

aber auch verpflichtet, innert der ersten fünf Vertragsjahre konkrete Pläne zur Sanierung und Weiterentwicklung der Siedlung vorzulegen. Diese Pläne sollen auf den Resultaten des Modellvorhabens basieren. Die ersten 48 solchen Baurechtsverträge haben Stadt- und Gemeinderat ebenfalls vor einem Jahr genehmigt.

Der Gemeinderat sieht vor, gemeinnützige Wohnbauträger bei Einhaltung der Leistungsziele nach den ersten 15 Vertragsjahren mit einer schnellen Verlängerung des Baurechts um bis zu 60 Jahre zu belohnen. Wohnbauträger, die sich nicht an die Leistungsziele halten, sollen hingegen mit höheren Baurechtszinsen bestraft werden. So könnte etwa das eigentliche Quadratmeter-Potenzial eines Grundstücks verzinst werden, wenn eine Genossenschaft einer vereinbarten Verdichtung nicht nachgekommen ist.

Stadt will Einfluss wahren

Fehr betonte gestern allerdings, dass nicht mögliche Strafen, son-

dern eine gute Zusammenarbeit im Vordergrund stehe. Dem pflichtete Heidi Lüdi, Leiterin der IG Bieler Wohnbaugenossenschaften und Vertreterin im Regionalverband Bern-Solothurn, bei. «Wenn beide Partner die Chance nützen, kann das Bieler Modell zu einem Erfolgsmodell werden», sagte sie.

Die Grundlagen seien da, sie müssten nun einfach noch angewendet werden, so Lüdi. Noch vor einem Jahr hatten die Genossenschaften den Umstand, dass die Zielvereinbarungen in die Baurechtsverträge festgeschrieben werden sollen, zähneknirschend hingenommen. Sie hätten lieber einen Zusatzvertrag gesehen. Die Stadt ihrerseits will mit den Zielvereinbarungen ihren Einfluss in der Stadtentwicklung wahren. Wie sie sich dies im Bereich der Genossenschaften vorstellt, zeigt sich erstmals im Modellvorhaben im Einzelnen.

Den Schlussbericht zum Modellvorhaben finden Sie unter www.bielertagblatt.ch/genos

Hardern soll nicht abgehängt werden

Lyss Die Einwohner von Hardern sind seit Sonntag nicht mehr ans Verkehrsnetz angeschlossen. Das will die Fraktion SP/Grüne wieder ändern. Auch die Harderner hätten eine Lösung parat.

Ein jahrelanger Kampf ist am Sonntag zuungunsten von Hardern ausgegangen: Seit dem Fahrplanwechsel gibt es im Lysser Weiler keine Bushaltestelle mehr. Einzig «Hardern Hauptstrasse» wird vom Bus Nummer 362 zwischen Lyss und Schnottwil noch angefahren. Doch wer nicht gut zu Fuss ist, für den ist das kaum eine Alternative. Anna Wüthrich, Vize-Präsidentin des Hardern-Leists, schätzt, dass es 15 bis 20 Minuten dauert, um diese Haltestelle vom Harderner Ortskern aus zu erreichen. Wüthrich erinnert sich an viele Diskussionen in

den letzten Jahren bezüglich des Busses. Mal seien die Verbindungen gut gewesen, dann seien sie verschlechtert worden, sodass die Zeiten nicht mehr mit den Stundenplänen der Schüler kompatibel gewesen seien.

Vor dem letzten Fahrplanwechsel machte der Bus in Hardern auf Verlangen eine Schlaufe: Wer von Lyss aus dort aussteigen wollte, musste den Wunsch rechtzeitig ankündigen. Und in Hardern bei der Bushaltestelle gab es einen Haltewunsch-Knopf, der dem Chauffeur mittels Lichtsignal vor der Verzweigung nach Hardern signalisierte, ob die Schlaufe nötig war oder nicht.

Bereits im Sommer wurde im Hinblick auf den Fahrplanwechsel ein Schulbus eingerichtet. «Es ist super, dass wir den haben. Doch für die Erwachsenen gibt es nichts mehr», sagt Wüthrich.

«Pintli»-Gäste nutzten Bus

Sie habe das kommen sehen, sagt Judith Estermann, Geschäftsfüh-

rerin des «Hardern Pintli». Zu oft sei der Bus schlecht frequentiert gewesen. Und doch: «Viele unserer Gäste nutzten den Bus, insbesondere zur Mittagszeit», sagt sie weiter. Auch Mitarbeiter, die an den freien Tagen nach Hause fahren würden, sowie eine ihrer Lernenden hätten den Bus regelmässig benutzt. Diese müssten nun zu Fuss zur nächsten Haltestelle oder mit dem Velo nach Lyss fahren.

Estermann fragt sich, ob die älteren Gäste, die nicht mehr gut zu Fuss seien, nun den Mehraufwand in Kauf nehmen und auf das Taxi auszuweichen. «Wir haben auch schon Gäste hin- und her chauffiert», sagt sie.

«Hardern nicht abnabeln»

Die Situation in Hardern stösst der Fraktion SP/Grüne sauer auf. Am Montagabend reichte sie im Parlament ein Postulat mit dem Titel «Hardern nicht abnabeln» ein. Sie fordern den Gemeinderat auf, «den Ortsteil Hardern nach

der inakzeptablen Trennung vom ÖV-Anschluss durch ein neues Mobilitätsangebot wieder angepasst anzubinden».

«Ich könnte mir ein regionales Mitfahrtsystem vorstellen, bei dem auch gleich Ottiswil, Scheuenerberg oder weitere Nachbarnsorte miteinbezogen werden», sagt Lorenz Eugster (Grüne). Übergangsweise stellt sich Eugster eine Lösung mit Taxigutscheinen vor. Anna Wüthrich wiederum würde gern ein «Mitfahrtsbankli» installieren, auf das sich diejenigen setzen können, die eine Mitfahrgelegenheit benötigen.

Eine Lösung ist in Abklärung

«Eine Lösung schaffen für weniger als zwei Personen, die die Schlaufe zuletzt pro Tag nutzen?», fragt Rolf Christen, Lysser Gemeinderat Bau und Planung (BDP). Denn faktisch war die Schlaufe zwar acht- bis neunmal pro Tag im Fahrplan, benötigt worden sei sie höchstens zwei-

mal dreimal pro Tag. «Deshalb gab es keine vernünftigen Argumente, an der Schlaufe festzuhalten», sagt Christen.

Mitfahrgelegenheiten hätten einen schweren Stand, sagt er weiter. So wäre es vielleicht möglich, von Hardern nach Lyss zu gelangen, umgekehrt sei das aber deutlich schwieriger.

Die Führung der Linie 362 über Busswil, Büetigen und Diessbach weise aus Sicht des Gemeinderates «ein grösseres Potenzial» auf als die Hardern-Schlaufe, so Christen weiter. Doch bislang lehne der Kanton eine solche Streckenführung ab.

Der Gemeinderat hat nun sechs Monate Zeit, das Postulat von SP/Grüne zu beantworten. «Wir stehen mit dem Hardern-Leist in einvernehmlichen Kontakt», sagt Christen. Ausserdem sei eine mögliche Lösung derzeit noch in der Abklärung: Würde der Schulbusfahrer eine Taxilizenz lösen, dann könnten auch Erwachsene mitfahren. *Andrea Butorin*

Biel will neue Studie zu Cannabis

Biel Nach der Ablehnung der Berner Cannabisstudie durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) prüfen die Städte Biel, Bern, Luzern und Zürich die Einreichung von neuen Gesuchen beim BAG. Und sie unterstützen eine möglichst schnelle Verankerung eines «Experimentierartikels» im Betäubungsmittelgesetz. Die politische Debatte um den Umgang mit Cannabis sei dringend, schreiben die Städte in einer Mitteilung. Es brauche Grundlagen, die die politische Diskussion versachlichen.

Die Universität Bern gab gestern bekannt, dass sie eine Beschwerde als nicht zielführend erachte. Man sei von der Wichtigkeit der Studie zwar überzeugt, sehe aber keine realistische Möglichkeit, die Bewilligung für die Studie zu erhalten. *mt*

Nachrichten

Grenchen Polizist stürzt von der Moschee

Bei einer Baustellenkontrolle in Grenchen kam es zu einem Unfall, wie das «Grenchener Tagblatt» gestern vermeldete. Als die Baustelle der Moschee der Albanisch-Islamischen Glaubensgemeinschaft kontrolliert wurde, flüchtete ein Arbeiter. Bei der Verfolgung stürzte ein Stadtpolizist drei Meter in die Tiefe. Der Vorfall trug sich bereits am Samstag vor einer Woche zu. Der Geflüchtete ist immer noch auf der Flucht, allerdings ohne seine Papiere. Der Mann hielt sich illegal in der Schweiz auf. *tg*

Biel Relaunch der städtischen Website

Der Internet-Auftritt der Stadt Biel, www.biel-bienne.ch, wird von der Nidauer Digitalagentur Campfire erneuert. Mit den Arbeiten wird Anfang 2018 gestartet. *mt*



Seit Sonntag nützt das Drücken dieses Knopfes bei der Bushaltestelle Hardern Linde nichts mehr. Frank Nordmann